

Newsletter Nummer 21 – Juli 2017

Editorial

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Nicht alle in Hamburg lebenden Menschen können sich eine Wohnung leisten. Zwar läuft der Wohnungsbaumotor seit der Regierungsübernahme der SPD im Jahr 2011 wieder auf Hochtouren - bis jetzt wurden in Hamburg gut 58.000 Wohnungen genehmigt, über 35.000 wurden fertiggestellt - doch der Bedarf nach bezahlbaren Wohnungen ist nach wie vor sehr hoch.

Das Ziel der SPD in Hamburg ist, dass sich alle Menschen in Hamburg eine Wohnung leisten können. Um dies zu erreichen, müssen in Hamburg in den kommenden zehn Jahren 100.000 Wohnungen gebaut werden.

Denn nur durch ein größeres Angebot an Wohnungen stabilisiert sich der Mietzins auf einem fairen Niveau für Mieterinnen und Mieter. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und somit eines der zentralen Themen, das die Menschen im alltäglichen Leben bewegt. Wohnungsbau mit seinen vielen Facetten ist deshalb neben anderen Themen aus und für den Wahlkreis sowie der Bürgerschaft der Schwerpunkt meines aktuellen Newsletters. Mit diesem Newsletter verabschiede ich mich in die parlamentarische Sommerpause.

Mein Abgeordnetenbüro ist während der Parlamentsferien geschlossen und aufgrund der Elternzeit meines Büroleiters erst ab Mitte September wieder besetzt.

Ich wünsche eine schöne Sommerzeit und viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe meines Newsletters.

Herzlichst Ihr und Euer

Frank Schmitt

Hamburger Westen

Gymnasium Blankenese

Jubiläum gefeiert

Im Frühjahr 1892 gründeten engagierte Eltern im Hause Kiekeberg in Blankenese die „Wissenschaftliche Oberschule“ – das heutige Gymnasium Blankenese. Mit drei Lehrern und 77 Schülern fing damals alles an. Heute, 125 Jahre später, sind aus drei Lehrern 84 geworden und die Anzahl der Schülerinnen und Schüler hat sich mehr als Verzehnfacht: Über 1000 junge Blankeneserinnen und Blankeneser werden aktuell am Gymnasium Blankenese unterrichtet.

„Zu diesem Jubiläum gratuliere ich ganz herzlich. Das Gymnasium Blankenese besitzt im Hamburger Westen einen guten Ruf. Dies hängt maßgeblich damit zusammen, dass die Lehrkräfte und die Eltern sich in sehr hohem Maße mit dem Gymnasium Blankenese verbunden fühlen, sich sehr stark mit ihm identifizieren und die Schule nach Kräften unterstützen“, beglückwünscht Frank Schmitt, der Abgeordnete für den Hamburger Westen, das Gymnasium zu diesem Jubiläum.

Luruper Hauptstraße

700 Unterschriften unterstreichen Wunsch nach Ampel

Bereits seit längerem ist die Abbiegesituation von der Luruper Hauptstraße in und aus dem Fahrort problematisch. Eine nicht vorhandene Lichtsignalanlage macht bei einem hohen Verkehrsaufkommen auf der Luruper Hauptstraße das Abbiegen aus dem Fahrort in die Luruper Hauptstraße sowie das Linksabbiegen von der Luruper Hauptstraße in den Fahrort sehr schwierig. Davon ist auch die MetroBus-Linie 21 betroffen, was sich teilweise auch negativ auf die Pünktlichkeit auswirkt. Weiterhin ist an der Luruper Hauptstraße 247 - 249 eine neue Wohnanlage für Seniorinnen und Senioren (Fama I) mit 84 Wohneinheiten entstanden, 34 weitere Wohneinheiten in direkter Nachbarschaft werden noch folgen. Hierdurch entsteht zusätzlicher Bedarf für eine sichere Querungsmöglichkeit über die Luruper Hauptstraße, insbesondere um die Haltestelle Trebelstraße der MetroBus-Linie 21 auf der gegenüberliegenden Strassenseite der Seniorenwohnanlage zu erreichen.

„Der Wunsch und die Notwendigkeit nach einer Ampel über die Luruper Hauptstraße auf Höhe der Seniorenwohnanlage werden durch eine Unterschriftenaktion unterstrichen. Meinem Kollegen von den Grünen, Martin Bill, und mir wurden am 17. Februar knapp 700 Unterschriften übergeben“, sagt Frank Schmitt, der auch Mitglied im Verkehrsausschuss ist. Die Forderung nach einer Ampel wird auch vom „Luruper Forum“ unterstützt. Dem zuständigen Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer ist diese Problematik auch bekannt. Deshalb wurden im April 2017 im Rahmen der Grundlagenermittlung Verkehrszählungen durchgeführt. Diese werden aktuell ausgewertet. „Die Zahlen dienen als Grundlage für die Klärung, welche Maßnahmen ergriffen werden. Ich hoffe, dass eine Ampel über die Luruper Hauptstraße an der Einmündung Fahrort im Zuge der Sanierung der Luruper Hauptstraße gebaut wird. Die Sanierung der Luruper Hauptstraße von der Elbgaustraße bis zur Landesgrenze Schleswig-Holstein ist für das Jahr 2019 geplant“, so Frank Schmitt weiter.

Tronc-Mittel

Amphibienfest des NABU im Klövensteen

Das Amphibienfest im Klövensteen, das dieses Jahr nach fünf Jahren erstmals wieder veranstaltet wurde, wurde aus Tronc-Mitteln der Hamburgischen Bürgerschaft mitfinanziert. Die Stadtteilgruppe West des Naturschutzbundes Deutschland e. V. (NABU) erhielt hierfür 1.300 Euro. Dafür hatten sich die beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten für den Wahlkreis 4, Anne Krischok und Frank Schmitt, eingesetzt. Bei wunderschönem Frühlingswetter fanden sehr Viele den Weg zu dieser Veranstaltung im Wildgehege im Klövensteen. Verschiedene Stationen, an denen Wissen über die Natur vermittelt wurde, lockten die interessierten Besucherinnen und Besucher an, darunter auch sehr viele Kinder. Frank Schmitt ist beeindruckt von der vielfältigen Tätigkeit des NABU, der es sich genau wie Anne Krischok nicht nehmen ließ, auch einmal durch das Mikroskop Kleinstlebewesen in einer Wasserprobe zu beobachten: „Der NABU-West hat mit großem Engagement ein schönes Fest auf die Beine gestellt. Diese ehrenamtliche Naturschutzarbeit unterstützen wir sehr gerne mit den Tronc-Mitteln. Ich freue mich, dass hier Kinder Natur entdecken, erleben und erforschen können, und ihnen so auf spielerische Art und Weise auch Zusammenhänge über den Naturschutz vermittelt werden.“

Hintergrund der Tronc-Abgabe: Zur Unterstützung der gemeinnützigen Arbeit vergibt die Bürgerschaft Mittel aus der sogenannten Tronc-Abgabe an soziale Einrichtungen und Projekte sowie Stiftungen und Initiativen, die sich mit großem Einsatz und Engagement um die Belange von Kindern und Jugendlichen, den sozialen Ausgleich, die sportliche und kulturelle Förderung, dem ökologischen Ausgleich oder auch um das gute Zusammenleben in den Stadtteilen und der Nachbarschaft kümmern. Tronc-Abgabe ist eine steuerliche Einnahme von Spielbanken, die aus Zuwendungen stammen, die von den Besucherinnen und Besuchern für das Personal, für die Spielbank oder ohne ersichtliche Zweckbestimmung gegeben werden. Für die Haushaltsjahre 2017/18 wurden hamburgweit insgesamt knapp 600.000 Euro vergeben. Im Wahlkreis 4 wurden insgesamt 33.800 Euro für sechs gemeinnützige Projekte verteilt.

Radschnellwege

Geld vom Bund gefordert, um den Bedarf zu decken

Der Bau von Radschnellwegen um und nach Hamburg wird weiter vorangebracht. Die Metropolregion Hamburg hat dazu in einer Potentialanalyse für Radschnellwege 33 Korridore untersucht, darunter auch die Strecken Elmshorn-Hamburg, Quickborn-Hamburg, Schenefeld-Hamburg und Wedel-Hamburg im westlichen Teil Hamburgs. In einem weiteren Schritt werden nun die Strecken ausgewählt, die einer vertieften Betrachtung im Rahmen einer Machbarkeitsstudie unterzogen werden sollen. Diese sollen dann der Bürgerschaft vorgestellt werden. Die Regierungskoalition fordert eine deutlich stärkere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Radschnellwege. Mit den bereitgestellten Mitteln in Höhe von 25 Millionen Euro könnten bundesweit gerade einmal 17 Kilometer Radschnellwege realisiert werden. Das reicht jedoch bei Weitem nicht aus, um die Bedarfe zu decken.

Flüchtlingsunterbringung in Blankenese

Nach einjährigem Rechtsstreit Einigung gefunden

Das Verwaltungsgericht hat Mitte März sein Urteil gefällt und damit zur Verständigung zur Flüchtlingsunterbringung in Blankenese beigetragen. Mit dem Bau eines Pavillondorfes für 192 Flüchtlinge am Björnsonweg in Blankenese konnte nun begonnen werden. Das Verwaltungsgericht Hamburg hat bezüglich der Klage eines Anwohners einen Vergleich vorgeschlagen, den beide Parteien angenommen haben. Immernoch werden dringend Folgeunterkünfte für geflüchtete Menschen gebraucht, damit sie nicht länger als ein halbes Jahr in den Erstunterkünften leben müssen. „Integration gelingt dann am besten, wenn die Folgeunterkünfte über die ganze Stadt verteilt sind. Insofern freut es mich, dass nach einem fast einjährigen Rechtsstreit eine Einigung gefunden wurde“, sagt Frank Schmitt. Lange stand der Vorwurf im Raum, dass geflüchtete Menschen in Blankenese nicht willkommen seien. „Das kann ich aus zahlreichen persönlichen Gesprächen mit Menschen aus Blankenese nicht bestätigen. Mit diesem Vergleich wird nun auch dieser Vorwurf gerade gerückt“, so Frank Schmitt abschließend.

Fluglärmschutz wird weiter gestärkt

Neue Entgeltverordnung ist ein weiterer Schritt zur Reduzierung des Fluglärms

Je später desto teurer: Das ist die Leitlinie des im Jahr 2016 beschlossenen 16-Punkte Plans. Die neue Entgeltverordnung am Flughafen ist im Juni 2017 in Kraft getreten und sieht vor, dass spät abends beziehungsweise früh morgens startende und landende Flugzeuge ein erheblich höheres Entgelt als bisher bezahlen müssen. Für die Zeit von 22 bis 22.59 Uhr steigt der Zuschlag auf 150 Prozent, für Starts und Landungen zwischen 23 und 23.59 Uhr werden gestaffelt bis zu 550 Prozent fällig. Nach Mitternacht bis 5.59 Uhr erhöhen sich die Lärmzuschläge auf 700 Prozent. Durch die Einteilung in sieben Lärmklassen fallen nun für lautere Flugzeuge erheblich höhere Entgelte an. Für ein Flugzeug der Lärmklasse 1 (bis 71,9 dB(A)) muss ab 14. Juni 2017 ein Lärmzuschlag von elf Euro gezahlt werden, während für eine Maschine der Lärmklasse 7 (ab 87dB(A)) bereits 3.680 Euro fällig werden. Das bietet einen Anreiz für die Fluggesellschaften, umweltschonendere und leisere Maschinen einzusetzen. „Die neue Entgeltverordnung am Flughafen ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Fluglärmreduzierung im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner. Von diesen neuen Regeln erhoffen wir uns einen stärkeren Anreiz Richtung Fluggesellschaften, lärmärmere Maschinen einzusetzen“, erläutert Frank Schmitt. Weiterhin soll das Startverfahren in Hamburg geändert werden. Seit einigen Jahren wenden viele Airlines auch in Hamburg das sogenannte Flachstartverfahren an, um Treibstoff zu sparen und den CO₂ Ausstoß zu reduzieren. Dies ist auf der einen Seite zu begrüßen, jedoch ist dieses Startverfahren auf der anderen Seite von der lärmbelasteten Bevölkerung deutlich kritisiert worden, da es mit höherem Lärm in Verbindung gebracht wird. Denn beim Flachstartverfahren liegt die Cutback-Höhe, also die Höhe, in der Flugzeuge nach dem Start die Klappen einfahren und die Triebwerksleistung zurücknehmen, deutlich niedriger als bei anderen Varianten. In der Regel beträgt sie beim Flachstartverfahren 1.000 anstatt 1.500 Fuß - 300 anstatt 450 Meter. Um das zu ändern wurde die Empfehlung, auf das Flachstartverfahren zu

verzichten, in das Luftfahrthandbuch aufgenommen. Die Fluggesellschaften sollen dazu angehalten werden, zum vorherigen Verfahren zurückzukehren.

Podiumsdiskussion „Wohnen muss bezahlbar sein“

Anregungen werden in die politische Diskussionen und Entscheidungen einfließen

„Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Hamburg ist weiterhin groß. Ziel der SPD in Hamburg ist, dass sich alle Menschen in unserer Stadt eine Wohnung leisten können“, sagt Frank Schmitt. Doch wie kann das gelingen und welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden? Darüber diskutierten Anne Krischok und er mit der Altonaer Bezirksamtsleiterin, Dr. Liane Melzer, sowie dem Vorsitzenden der SPD-Bezirksfraktion Altona, Thomas Adrian, im Rahmen einer Podiumsveranstaltung im Stadtteilhaus Lurup. Im Eingangsstatement gaben die Podiumsgäste einen Überblick, was bereits erfolgreich auf den Weg gebracht wurde. Seit der Regierungsübernahme der SPD im Jahr 2011 wurden in Hamburg insgesamt 37.146 Wohnungen gebaut, 7.722 allein im Jahr 2016. Im Bezirk Altona wurden im vergangenen Jahr 1.472 Wohnungen genehmigt und 940 Wohnungen fertiggestellt. Hamburg ist Spitzenreiter beim sozialen Wohnungsbau. Das soll weiterhin auch so bleiben, darin waren sich alle einig. Deshalb soll in Altona bei Neubauvorhaben auch weiterhin auf den sogenannten Drittmix gedrängt werden. Dieser besagt, dass bei einem Neubauvorhaben ein Drittel Sozialwohnungsbau, ein Drittel im freifinanzierten Wohnungsbau und ein Drittel Eigentumswohnungen realisiert werden sollen. Damit habe man sehr gute Erfahrungen gemacht, das führe zu einer guten Durchmischung der neuen Quartiere. Weiterhin waren sich alle darin einig, dass die Feldmarken nicht bebaut werden sollen. Die SPD hat zum Ziel erklärt, jährlich mindestens 10.000 Wohnungen zu bauen und den sozialen Wohnungsbau um 50 Prozent auf 3.000 Wohnungen pro Jahr zu steigern. Neben dem klassischen sozialen Wohnungsbau sollen neue Angebote im preisgünstigen Wohnungsbau geschaffen werden. Der bereits begonnene, ohne öffentliche Förderung versehene Effizienzwohnungsbau, soll Wohnungen mit einer Nettokaltmiete von acht bis neun Euro pro Quadratmeter ermöglichen. Doch wie können diese Zielzahlen erreicht werden? Die Podiumsgäste erklärten, dass neben der Ausweisung neuer Flächen für Wohnungsbau die Strategien dafür seien, die Bestandshäuser entlang der großen Hauptverkehrsstraßen – der Magistralen - aufzustocken sowie in bebauten Quartieren und Flächen nachzuverdichten. Davon erhofft sich die Politik, dass dadurch ein Großteil der dringend benötigten Wohnungen gebaut wird. In der anschließenden Diskussion mit den Gästen wurde deutlich, dass sich die Menschen im Hamburger Westen mit Nachdruck eine Schienenanbindung wünschen. Es könne nicht sein, dass immer mehr Wohnungen gebaut werden und somit die Bevölkerung im Hamburger Westen immer mehr zunehme, jedoch die längst versprochen S- oder U-Bahn noch nicht gebaut worden sei. Weiterhin wurde die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass beim Neubau und der Nachverdichtung auf bereits bebauten Flächen die Grünflächen und Hinterhöfe verloren gehen würden. Gerade die Vielzahl der Parks und Grünflächen würden Hamburg zu einer „grünen“ und lebenswerten Stadt machen. Allerdings waren sich die Gäste im Publikum und auf dem Podium einig,

dass Flächen gebraucht würden oder nachverdichtet werden müsse, um den Bedarf an Wohnungen decken zu können. Denn nur durch ein größeres Angebot an Wohnungen könnten sich alle Menschen in Hamburg eine Wohnung leisten. Die Anregungen der Gäste im Publikum wurden von den Podiumsgästen mit großem Interesse aufgenommen. Sie werden in die weiteren politischen Diskussionen und Entscheidungen einfließen.

Baustein für mehr Elektrokapazität

Ladeplätze für E-Mobile sollen farbig markiert werden

Damit sie nicht mehr von konventionellen Autos blockiert werden, sollen auch die Ladeplätze für E-Autos vor der Post an der Luruper Hauptstraße am Eckhoffplatz farbig markiert werden. Denn wenn brennstoffbetriebene Autos Stellplätze vor Elektro-Ladestationen besetzen, ist dies für die Fahrer von E-Autos mehr als nur ein kleines Ärgernis. Im Rahmen eines Feldversuches hat die Stadt Hamburg deshalb an 28 Standorten die Ladeplätze für Elektromobile beziehungsweise E-Mobile mit farbiger Bodenmarkierung versehen. Dies soll die Zahl der dort irrtümlich abgestellten Fahrzeuge reduzieren. Eine Zwischenauswertung durch Stromnetz Hamburg ergab: Der Feldversuch war erfolgreich. Die Fehlbelegung der Ladeplätze ging von 47 Prozent auf 15 Prozent zurück, die Anzahl der Ladevorgänge stieg um mehr als 30 Prozent.

Neues Quartier Suurheid in Rissen

Umsetzung der Vereinbarung mit der Ini: Konsens für Rissen auf den Weg gebracht

Vertreter der Behörde, des Bezirksamts Altona und der SAGA haben sich mit der Bürgerinitiative „Vorrang für Integration und Nachhaltigkeit“ (VIN) über die Umsetzung des Bürgervertrags Rissen verständigt. Mit dem Bürgervertrag konnte im Juli 2016 eine Verständigung zwischen Stadt, Bezirk und Bürgerinitiative über die Flüchtlingsunterkunft mit der Perspektive Wohnen, das heißt im Standard des sozialen Wohnungsbaus, an der Straße Suurheid erzielt werden. Sie führte zur Rücknahme des Bürgerbegehrens und war Teil des Konsenses mit der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“. Das neue Wohnviertel soll auf Grundlage des gültigen Bebauungsplanes und unter Berücksichtigung der großen Wohnungsbaubedarfe zu einem familienfreundlichen, durchgrüneten, stadtteiltypischen und stabilen Quartier entwickelt werden. Es sollen bis zu 497 Wohnungen in Reihen- und Mehrfamilienhäusern entstehen. Zusätzlich zu der existierenden, direkt angrenzenden Einrichtung Sieversstücken mit 740 Flüchtlingen werden im Quartier Suurheid anfangs 400 Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive in öffentlich-rechtlicher Unterbringung wohnen, 300 im ersten (77 Wohneinheiten) und 100 im zweiten Bauabschnitt (24 Wohneinheiten). Bis Ende 2019 wird die Platzzahl wie im Bürgervertrag vereinbart auf 300 reduziert. Im ersten Bauabschnitt werden neben den Flüchtlingswohnungen 62 in Hamburg aktuell sehr nachgefragte, freifinanzierte Mietwohnungen im Preissegment bis neun Euro Nettokaltmiete

entstehen. Im zweiten Bauabschnitt werden neben bis zu 104 geförderten Wohnungen 230 freifinanzierte Wohneinheiten - davon bis zu 80 Reihenhäuser - entstehen, die einen höheren Ausstattungsstandard aufweisen. Diese sollen im Rahmen des Eigenheimprogramms der SAGA „Endlich meins“ fünf Jahre nach Mietbeginn den Mietern zum Kauf in Selbstnutzung angeboten werden - eine attraktive Form der Wohneigentumsbildung. Im zweiten Bauabschnitt wird in die geförderten Wohneinheiten eine Kita integriert. Nach der Sommerpause wird der Bezirk einen öffentlichen Planungsworkshop durchführen. Die Ergebnisse werden im Bauantrag für den zweiten Bauabschnitt berücksichtigt, der bis zum Ende des ersten Quartals 2018 eingereicht werden soll. Die Realisierung des ersten Bauabschnitts hat bereits begonnen, der zweite soll 2018 folgen.

Flüchtlingshilfe

Neue Ombudsstelle

Hamburg wird eine unabhängige Schlichtungsstelle für Anliegen und Beschwerden in der Flüchtlingsarbeit einrichten. Ombudsfrau wird die ehemalige Landespastorin der Diakonie Annegrethe Stoltenberg. Die Einrichtung einer Ombudsstelle war ein wichtiges Anliegen der vielen Initiativen, die sich direkt vor Ort für die Flüchtlinge engagieren und im Bündnis „Hamburger Flüchtlingsinitiativen“ zusammengeschlossen sind. In der Art der Erarbeitung des Konzepts zur Ombudsstelle drückt sich in hervorragender Weise die konstruktive Zusammenarbeit zwischen einer aktiven Bürgerbeteiligung durch das Bündnis „Hamburger Flüchtlingsinitiativen“, dem Parlament und den Behörden aus. „Die Schlichtungsstelle ist ein zusätzlicher Baustein, um die gute Zusammenarbeit von Hauptamtlichen, freiwillig Engagierten und Flüchtlingen weiter zu stärken und zu unterstützen. Sie wird dabei mithelfen, individuelle, aber mittelfristig auch strukturelle und prophylaktische Lösungsansätze für Konfliktsituationen zu erarbeiten“, sagt Frank Schmitt.

Wohnungsförderprogramm

Jedes Jahr mindestens 10.000 Wohnungen bauen

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat vor Kurzem seine umfangreichen Wohnraumförderprogramme für 2017 und 2018 vorgelegt. Mit den neuen Programmen wird die Förderung des Neubaus von öffentlich Wohnungen noch einmal erheblich gesteigert: Künftig soll der Bau von 3.000 Mietwohnungen öffentlich gefördert werden. Insgesamt will Hamburg jedes Jahr den Bau von mindestens 10.000 Wohnungen ermöglichen. Dazu Frank Schmitt: „Die Steigerung des Sozialwohnungsbaus um weitere 50 Prozent ist ein klares Signal zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Die Fördersumme wird sogar um zwei Drittel der bisherigen Kosten auf nunmehr 210 Millionen Euro angehoben. Das kommt der neuen Förderung von Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende zugute. Erstmals seit Jahrzehnten wird damit die Zahl von Sozialwohnungen in Hamburg stabilisiert werden.“ Im bundesweiten Vergleich liegt Hamburg schon jetzt weit vorn

und ist mit seiner Wohnraumförderung, bezogen auf die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner, mit Abstand Spitzenreiter. Aufgrund der weiter hohen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist es aber wichtig, die Anstrengungen noch einmal zu verstärken, damit Hamburg für alle bezahlbar bleibt. So werden ab jetzt jedes Jahr rund 5.000 Wohnungen zusätzlich eine Mietpreisbindung erhalten. Für den größten Teil der Sozialwohnungen liegt die Miete im Jahr 2017 bei 6,40 Euro pro Quadratmeter. Zusätzlich wird mit dem Effizienzwohnungsbau und dem seriellen Bauen auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ohne Förderungen vorangetrieben. Positiv zu vermerken ist auch, dass der große, rund 260.000 Wohnungen umfassende Bestand der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA und den Wohnungsbaugenossenschaften durch die Neubautätigkeit weiter wachsen und damit bezahlbarer Wohnraum - auch nach Wegfall von Sozialbindungen - langfristig erhalten bleibt. Die SAGA wird künftig alleine rund 2.000 Sozialwohnungen jedes Jahr neu bauen. „Neben den rein quantitativen Steigerungen werden auch die Förderbedingungen deutlich verbessert. Davon können und werden insbesondere Baugemeinschaften in Kleingenossenschaften, Wohngemeinschaften, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende und vordringlich Wohnungsuchende, beispielsweise Frauen in schwierigen Lebenssituationen profitieren. Auch das Förderprogramm zum Wohnen für Studierende und Auszubildende wird gestärkt“, so Frank Schmitt abschließend.

Betreuungsschlüssel in den Krippen

Umsetzung in verlässlichen Schritten – 500 weitere Fachkräfte bereits Anfang 2013

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Hamburg geht weiter - dies betrifft sowohl die Zahlen der betreuten Kinder wie auch den Punkt Qualität. Der Ausbau hat sich seit 2011 aufgrund erweiterter Rechtsansprüche und weitgehender Beitragsfreiheit ganz erheblich beschleunigt. Sozial schwächere Stadtteile haben bei den Betreuungsquoten aufgeholt und Sprachförderbedarfe zur Einschulung sind zurückgegangen. Bei den Betreuungsquoten und insbesondere beim Krippenausbau nimmt Hamburg Spitzenplätze unter den alten Bundesländern ein. „Noch nie haben so viele Kinder so lange von frühkindlicher Bildung und Betreuung profitiert wie heute, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Das ist sehr erfreulich und ein Gewinn für die ganze Stadt. Aber wir wollen mehr: Wir sind auch bei der Betreuungsqualität und den Betreuungsschlüsseln längst auf dem Weg und haben bereits Verbesserungen umgesetzt. Diesen Weg wollen wir weitergehen“, so Frank Schmitt. Die in den vergangenen Jahren bereits deutlich gestiegene Absolventenzahl in den Erziehungsberufen werden mit einem Maßnahmenbündel nochmals erhöht, um die weiter wachsende Nachfrage nach diesen Qualifikationen befriedigen zu können. Auf Wunsch der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg ist ein schrittweises Vorgehen realistisch - angesichts der weiter gestiegenen Kinderzahlen in Betreuung als auch des sehr hohen Bedarfs an Erzieherinnen und Erziehern auf anderen Tätigkeitsfeldern und im Hamburger Umland. Diese Entzerrung schafft verlässliche Umsetzungsschritte auf dem Weg zu einem Betreuungsschlüssel Fachkraft zu Kind im Krippenbereich von eins zu vier zu erreichen. „Das Ziel ist klar. Noch bessere Betreuungsqualität und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung und

Betreuung. Für bessere Startchancen, starke Integrationspolitik und gerechtere Teilhabe“, fasst Frank Schmitt abschließend die Zielsetzung zusammen.

Studie des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts

Kita-Ausbau in Hamburg trägt zu steigender Erwerbstätigkeit von Eltern bei

Laut einer Studie „Elterliche Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung in Hamburg: Entwicklung und Zusammenhänge im Kontext knapper werdender Fachkräfte“ des Hamburgischen WeltWirtschafts- Instituts (HWWI) greifen immer mehr Eltern auf die Möglichkeiten der Kinderbetreuung in Hamburg zurück, um wieder berufstätig zu sein. Im Jahr 2014 lebten rund 256.000 Eltern im Alter von 25 bis 49 Jahren in Hamburg und damit nahezu gleich viele wie 2006. Sowohl die Betreuungsquote in Einrichtungen der Kinderbetreuung als auch die Erwerbstätigenquote sind zwischen 2006 und 2014 kontinuierlich gestiegen. Die Betreuungsquote im Krippenbereich stieg um 20,3 Prozentpunkte und bei den Drei- bis Fünfjährigen (Elementarbereich) um elf Prozentpunkte. Die Erwerbstätigenquote stieg zwischen 2006 und 2014 sowohl bei den Müttern als auch bei den Vätern. Bei den Müttern lag sie im Jahr 2014 bei 70,7 Prozent, zum Vergleich die der Väter war mit 91,7 Prozent im Jahr 2014 deutlich höher. Unverkennbar ist, dass die Mütter noch immer deutlich seltener erwerbstätig sind als Väter, im Übrigen auch als kinderlose Frauen und Männer.

Fahrrinnenanpassung der Elbe

Regierungsfractionen legen Maßgaben für die nächsten Schritte vor

Mit seinem Urteil von Anfang Februar hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig den Fahrrinnenausbau von Unter- und Außenelbe im Grundsatz gebilligt. Die entsprechenden Ergänzungen und Zugeständnisse teilweise vor, teilweise während des Verfahrens bedeuten ein erhebliches Plus für den Natur- und Gewässerschutz im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen. Gleichwohl haben die Richter den Planfeststellungsbeschluss wegen eines Verstoßes gegen das Habitatschutzrecht, welches bedrohte Tier- und Pflanzenarten schützen soll, in Teilen für rechtswidrig erklärt. Zur Durchführung der Elbvertiefung muss insbesondere in Bezug auf die vorgesehenen Kohärenzmaßnahmen - also Ausgleichsmaßnahmen - nachgebessert werden. Auch wenn sie die Elbvertiefung politisch im Grundsatz unterschiedlich bewerten, legen SPD und Grüne Eckpunkte und Maßgaben vor, die die nächsten Schritte zur Umsetzung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils skizzieren. Dazu Frank Schmitt: „Der Hafen braucht die Fahrrinnenanpassung. Der Besuch der MOL Triumph eines der größten Containerschiffe der Welt, hat unlängst noch einmal den Fokus auf die Möglichkeiten und Grenzen der nautischen Erreichbarkeit des Hamburger Hafens gelenkt. Hamburg muss auf Schiffe dieser neuesten Generation eingestellt sein. Die Schiffbarkeit der Elbe ist ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens.“ Mit einer Ergänzung im Planverfahren kann das Fundament dafür geschaffen werden, den Hamburger Hafen

zukunftssicher aufzustellen. Hiervon werden die Hamburger Wirtschaft, die Arbeitnehmerinnen und -nehmer, deren Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit dem Hafen verknüpft sind, sowie die Im- und Exportnation Deutschland profitieren. Jetzt gilt es, im intensiven Dialog mit allen Beteiligten und entlang aller Hinweise, die sich aus der schriftlichen Urteilsbegründung ergeben, die nächsten Schritte ebenso sorgfältig wie zügig umzusetzen.

Jugendfeuerwehr

Senatsempfang zu 50 Jahren Jugendfeuerwehr in Hamburg

Im Rahmen eines Senatsempfangs im Hamburger Rathaus wurde der ehrenamtliche Einsatz der Jugendfeuerwehren gewürdigt. Vor rund 500 Gästen dankte Hamburgs Erster Bürgermeister, Olaf Scholz, für das beeindruckende Engagement der Kinder und Jugendlichen. Seit 1967 sind 60 Jugendfeuerwehren (Alter 10 bis 17 Jahre) und sechs Minifeuerwehren (5 bis 12 Jahre) in Hamburg gegründet worden. Sie gehören zu den 86 Freiwilligen Feuerwehren der Hansestadt. Rund 10.000 Einsätze pro Jahr bewältigen die Freiwilligen Feuerwehren in Hamburg, angefangen vom Brandschutz über die technische Hilfeleistung bis hin zur Erstversorgung im Rettungsdienst. 2614 Frauen und Männer zwischen 17 und 63 Jahren leisten aktiven Feuerwehrdienst.

Luftreinhalteplan

Grenzwerte für Stickstoffdioxid sollen schnellstmöglich eingehalten werden

Vor der Wahl zur Bürgerschaft im Jahr 2015 hat die SPD klar gemacht, dass es eine ausgewogene Fortschreibung des Luftreinhalteplans geben wird, jedoch keine Umweltzone, keine Citymaut und keine allgemeinen Fahrverbote. Dieses Versprechen wird mit der Fortschreibung des Luftreinhalteplans eingehalten: Als erste deutsche Großstadt legt Hamburg ein aktualisiertes und akkurat durchgerechnetes Paket vor, das mit vielen sorgfältig abgewogenen Maßnahmen für noch saubere Luft und verbesserten Gesundheitsschutz sorgen wird.

„Der von der Umweltbehörde gemeinsam mit der Verkehrsbehörde überarbeitete Luftreinhalteplan setzt die Vorgaben des Verwaltungsgerichts um, unter Wahrung der Zusagen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl gegeben haben. Neben einem Bündel von Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und klimaschonender Antriebstechnologien enthält der Luftreinhalteplan nur an zwei sehr kurzen Straßenabschnitten Durchfahrtsbeschränkungen, die die Bewegungsfreiheit der Hamburgerinnen und Hamburger aber nicht beeinträchtigen werden“, fasst Frank Schmitt, der Mitglied im Verkehrsausschuss ist, zusammen. Derartige Durchfahrtsbeschränkungen gibt es in Hamburg auch jetzt schon, zum Beispiel für größere LKW im Ortskern Finkenwerder.

Zukünftig werden trotz Durchfahrtsbeschränkung Anlieger auch weiterhin uneingeschränkt in die Max-Brauer-Allee fahren können. Andere weitergehende Maßnahmen an anderen Stellen hätten verkehrliche Verlagerungseffekte zur Folge gehabt, die letztlich auch die Ziele des Luftreinhalteplans konterkariert hätten. „Auch

für die Zukunft gilt: Man kann in Hamburg mit jedem Fahrzeug an jeden Ort gelangen. Mit dem neuen Luftreinhalteplan hat der Senat eine sorgfältig abgewogene, pragmatische Lösung gefunden. Die Luft in Hamburg ist besser als vermutet und bald können wir als erste Stadt, die heute noch Überschreitungen verzeichnet, die Werte einhalten", so Frank Schmitt weiter.

Der neue Plan zeigt einen Weg auf, wie schnellstmöglich die Grenzwerte für Stickstoffdioxid eingehalten werden können. Die Fortschreibung wird nun öffentlich ausgelegt und die finale Fassung dann auch noch vor der Sommerpause im Verkehrsausschuss der Bürgerschaft beraten.

Unterstützungskundenzentrum Meiendorf

Erster Schritt zur Umsetzung der Serviceoffensive

Im März hat ein neues Unterstützungskundenzentrum am Bargkoppelweg 60 in Meiendorf eröffnet. Als Außenstelle des Kundenzentrums Hamburg-Mitte in aktuell nicht genutzten Räumlichkeiten des Ankunftszentrums entlastet es die bestehenden Kundenzentren. Mit der Eröffnung des Unterstützungskundenzentrums wird ein erster Punkt der im Februar von der Bürgerschaft beschlossenen Serviceoffensive in die Tat umgesetzt. Auch das Online Terminmanagement ist bereits verbessert worden, ein weiterer Punkt der rot-grünen Initiative in der Bürgerschaft. „Schritt für Schritt wollen wir die gegebenen Leistungsversprechen erfüllen. Es ist besonders erfreulich, dass das neue Unterstützungskundenzentrum in Meiendorf schon die neuen Öffnungszeiten von 7 bis 19 Uhr anbietet, ein echtes Plus für den Bürgerservice. Wir werden diesen Verbesserungsprozess jetzt weiter eng begleiten und mit Institutionen, Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften in der Stadt hierzu auch das Gespräch suchen. Wir wollen auf dem Verbesserungsweg alle mitnehmen“, fasst Frank Schmitt, der auch bezirkspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, zusammen.

Krankenhausprivatisierung

Bürgerschaft beschließt Aktenvorlage

Die Hamburgische Bürgerschaft wird sich in dieser Legislaturperiode noch intensiv mit dem Verkauf der städtischen Krankenhäuser an Asklepios und der verbliebenen Minderheitsbeteiligung der Stadt Hamburg befassen. Angesichts der breiten Diskussion in der Stadt um die Krankenhausprivatisierung ist es im Sinne maximaler Transparenz richtig und notwendig, die komplexen Sachverhalte entlang der Originaldokumente nachzuvollziehen. Dazu sollen den Abgeordneten alle Verträge, Akten, Vorgänge, E-Mails, Gutachten und sonstige Unterlagen sämtlicher Behörden, Dienststellen und

Gremien vorgelegt werden, die im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser durch den CDUgeführten Senat im Jahr 2005 stehen. Dazu Frank Schmitt: „Mit dem Krankenhaus-Verkauf hat der CDU-Senat damals gegen den ausdrücklichen Willen der Hamburgerinnen und Hamburger ein miserables Geschäft gemacht. Unsere Stadt wird darunter noch lange zu leiden haben. Wir tun alles,

um aus diesem fragwürdigen Deal etwas zu machen, das im Sinne der Stadt sowie insbesondere der Beschäftigten bei Asklepios ist.“

Hamburgs Busflotte

Alle Fahrzeuge bald nur noch mit E-Antrieb

Hamburgs Busse sollen in den kommenden Jahren emissionsfrei angetrieben werden. Alle rund 1.500 Fahrzeuge werden deshalb durch E-Busse ersetzt. Noch in diesem Jahr wird die HOCHBAHN gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben Hamburg-Holstein (VHH) bereits Ausschreibungen für jeweils mindestens zehn neue E-Busse und die dazugehörige Ladeinfrastruktur starten. Die Beschaffung solcher Omnibusse wird auf Bundesebene durch Fördermittel unterstützt. Die rot-grüne Koalition setzt sich dafür ein, dass der Bund zusätzlich auch Gelder für die benötigte Ladeinfrastruktur und die Netzanschlüsse auf den Betriebshöfen bereitstellt. Alle rund 1.500 Linienbusse sollen möglichst bald emissionsfreie Antriebe haben. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Strategie, Dieselemissionen zu vermeiden und die Luftqualität in Hamburg zu verbessern. Hamburg hat einen Zusammenschluss diverser Städte initiiert, durch den die technische Entwicklung vorangetrieben wird. Innerhalb weniger Jahre sollen E-Busse serienreif und die Auslieferung hoher Stückzahlen möglich werden. „Hamburg und seine Hochbahn sind für den emissionsfreien Busverkehr ein echter Innovationsmotor. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass diese Leistung vom Bund mit einer Förderung der notwendigen Ladeinfrastruktur unterstützt wird“, formuliert Frank Schmitt die Forderung.

Verkehrssicherheit

Abbiegeassistent für LKW

Durch verpflichtende Abbiegeassistentensysteme für LKW soll die Verkehrssicherheit verbessert werden. Dazu soll der Hamburger Vorsitz in der Verkehrsministerkonferenz genutzt werden, um dieses Thema weiter voranzubringen. Einen entsprechenden Antrag der Regierungsfractionen hat die Bürgerschaft im April beschlossen. Nach derzeitiger Rechtslage müssen an LKW sechs Spiegel angebracht werden, die bei vorschriftsmäßig ausgestatteten LKW der Fahrerin beziehungsweise dem Fahrer – mit Ausnahme der Sicht direkt hinter dem Fahrzeug - eine Rundumsicht ermöglichen. Dennoch kommt es immer wieder zu schweren Unfällen, da Spiegel nicht richtig eingestellt oder beim Abbiegen nicht geprüft wurden. Im Jahr 2016 waren es in Hamburg 8.703 Verkehrsunfälle mit LKW. Abbiegeassistenten unterstützen und informieren Fahrerin beziehungsweise Fahrer und sollen so Unfälle verhindern. Durch ein Signal wird informiert, wenn sich ein Objekt im überwachten Raum befindet. In einem weiteren Schritt wird gewarnt, wenn auf das Signal nicht reagiert wird. Bereits heute sind Fahrstabilitätsregelsysteme, Spurverlasserwarner und Bremsassistentensysteme für neue Nutzfahrzeuge auf Grund der allgemeinen Sicherheitsverordnung der EU- Kommission aus dem Jahre 2009 Pflicht. Die Regelungen umfassen aber keine Abbiegeassistentensysteme. „Moderne Technologien in Fahrzeugen leisten inzwischen an vielen Stellen einen wichtigen Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit. Darum ist es unser Ziel, dass auch

Abbiegeassistenten für LKW so bald wie möglich zum verpflichtenden Standard für alle neuen Modelle werden“, sagt Frank Schmitt.